



Das neue Regierungsprogramm im Bodenschutz-Check

1. Ausgangslage

Österreich baut sich zu.

Seit der Jahrtausendwende hat die Fläche der verbrauchten und versiegelten Flächen um fast ein Drittel zugenommen. Während Gewerbeparks, Parkplätze und Streusiedlungen sich immer weiter ausbreiten, kämpfen die Stadt- und Ortskerne mit Leerstand. Durch diese österreichweiten Entwicklungen wurde das 2,5-Hektar-Ziel seit seinem Beschluss im Jahr 2002 um insgesamt mehr als 110.000 Hektar verfehlt. Das entspricht umgerechnet der Gesamtfläche aller neun Landeshauptstädte.

Verbauung und Versiegelung gefährden unsere Lebensgrundlagen.

Gesunde Böden bieten Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Sie dienen als Schadstofffilter, Klimaanlage, Wasserspeicher, Kohlenstoffspeicher und liefern Nahrungsmittel. Insbesondere durch die Versiegelung gehen all diese Bodenfunktionen verloren. Daher ist die Reduktion des Bodenverbrauchs gemeinsam mit einer generell flächensparenden Entwicklung von höchster Bedeutung für die Gesundheit, Sicherheit und Lebensqualität der österreichischen Bevölkerung.

Der Bodenverbrauch ist weiterhin zu hoch.

Im vergangenen Jahr wurden rund 25 Quadratkilometer (24,66) an Böden neu verbraucht – das entspricht etwa der Fläche des Traunsees, dem viertgrößten See Österreichs. Das zeigen die neuesten WWF-Berechnungen nach der gängigen Methode des Umweltbundesamtes für den Bodenverbrauch, die auf Daten des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen (BEV) basieren. Damit gingen 2024 pro Tag umgerechnet rund 7 Hektar (6,74) an wertvollen Grünräumen und Ackerflächen verloren, rund die Hälfte davon wurde komplett versiegelt.

Bau- und Verkehrsflächen nehmen weiterhin stark zu.

Den größten Zuwachs erzielten 2024 die Bauflächen mit insgesamt 23,7 Quadratkilometern, davon machen alleine die Betriebsflächen mehr als 8 Quadratkilometer aus. Mit einem Plus von 5,6 Quadratkilometern haben auch die Verkehrsflächen stark zugenommen. Das zeigt, dass auch der Straßenbau stark für den übermäßigen Bodenverbrauch verantwortlich ist. Die Kategorien Erholungs- und Abbauf Flächen gingen dagegen in der Statistik um rund 4,6 Quadratkilometer zurück. Dazu zählen laut BEV-Statistik etwa Deponien oder Schottergruben, die in den Jahren bis 2022 tendenziell leicht gestiegen sind.

Die notwendigen strukturellen Maßnahmen fehlen weiterhin.

Dass die verbauten und versiegelten Flächen im vergangenen Jahr insgesamt weniger stark zugenommen haben als zuvor, ist neben dem Rückgang der Erholungs- und Abbauf Flächen

auch stark konjunkturell bedingt: Durch den falschen Fokus der Bauwirtschaft auf Neubauten auf der "grünen Wiese" wirkt sich der Rückgang der Aufträge auch auf den Bodenverbrauch aus. Strukturelle Maßnahmen, um die Verbauung der Acker- und Grünflächen einzudämmen, fehlen aber weiterhin. Durch Förderungen der Bauwirtschaft ohne ausreichende ökologische Kriterien und ohne klaren Fokus auf den Bestand drohen sich die Rahmenbedingungen für die Böden noch weiter zu verschärfen.

2. Regierungsprogramm im WWF-Bodenschutz-Check

Aufgrund des anhaltend großen Handlungsbedarfs hat der WWF das Programm der Dreier-Koalition anhand 28 "Boden-relevanter" Punkte mit einem Ampel-System bewertet. **Grün markiert** sind potenziell positive Punkte, die einen Fortschritt zur bisherigen Bodenpolitik bilden können, wenn sie wirksam umgesetzt werden. **Gelb markiert** sind Punkte, die zwar ein Schritt in die richtige Richtung sein können, aber nur bisherige Absichten fortschreiben oder vorerst nur sehr vage Bekenntnisse darstellen. **Rot markiert** sind negative Punkte, die den Bodenschutz torpedieren könnten oder die Bodenversiegelung deutlich anheizen würden – darunter insbesondere der geplante Ausbau des Autobahn- und Schnellstraßen-Netzes.

Thema & Ziele	Regierungsprogramm 2025 - 2029	WWF-Bewertung
Übergeordnete Ziele	<i>Die Bundesregierung bekennt sich dazu den Bodenverbrauch effektiv auf 2,5 ha pro Tag zu reduzieren.</i>	Das Bekenntnis zu diesem seit 2002 bestehenden Ziel ist grundsätzlich positiv, eine Weiterentwicklung in Richtung Verbindlichkeit fehlt aber. War im letzten Regierungsprogramm noch dezidiert von einer Erreichung bis 2030 die Rede, fehlt bei diesem Passus eine zeitliche Angabe.
	<i>Zu diesem Zweck sollen Planungs- und Widmungskompetenzen stärker auf Landesebene gebündelt und ein klarer Zielpfad bis Ende 2026 entwickelt werden.</i>	Wie eine konkrete Verankerung aussehen könnte, bleibt auch hier offen. Dennoch wäre ein Zielpfad für das "2,5-Hektar-Ziel" als Fortschritt zu werten, ebenso wie eine Stärkung der Raumordnung auf Landesebene.
	<i>Die Bundesregierung bekennt sich zum bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit Boden, Flächeninanspruchnahme und Versiegelung sowie zu regional differenzierten Zielen, welche die Reduktion des Flächenverbrauchs konsequent vorantreiben.</i>	Neben einem generellen Zielpfad können regional differenzierte Ziele eine wichtige Konkretisierung des allgemeinen Bodenschutz-Zieles darstellen. Nach dem Bekenntnis braucht es aber auch eine rechtliche Verankerung sowie anschließende Umsetzung.



Wir wollen die weltweite Naturzerstörung stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben.

together possible.

wwf.at

Umweltverband WWF Österreich (WORLD WIDE FUND FOR NATURE)
 Ottakringer Straße 114-116, 1160 Wien
 ZVR-Zahl: 751753867
 Spendenkonto: AT26 2011 1291 1268 3901
wwf@wwf.at | www.wwf.at

Thema & Ziele	Regierungsprogramm 2025 - 2029	WWF-Bewertung
Bodenschutz-Governance	<p>Aufnahme von Gesprächen mit den zuständigen Gebietskörperschaften, um – im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden – die Neuversiegelung einzudämmen, Baulandüberhänge zu reduzieren und Entsiegelungsmaßnahmen zu forcieren</p>	<p>Bodenschutz ist eine Aufgabe für alle politischen Ebenen, daher ist eine Zusammenarbeit mit Ländern und Gemeinden zu begrüßen. Hier braucht es aber auch klare Ergebnisse.</p>
	<p>Die Maßnahmen der von den Bundesländern beschlossenen Bodenstrategie sind eine geeignete Basis für die dafür notwendigen solidarischen Anstrengungen und die Festlegung von Zielpfaden.</p>	<p>Die Maßnahmen aus der Bodenstrategie können eine Basis bilden, reichen aber nicht aus und müssen konkretisiert werden.</p>
	<p>Die koordinierende Funktion der ÖROK wird in diesem Zusammenhang wieder gestärkt und ausgebaut, um gemeinsame Arbeiten auf Augenhöhe und unter wissenschaftlicher Begleitung voranzutreiben.</p>	<p>Die versprochene Stärkung der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) ist positiv. Das hilft der notwendigen Ebenen-übergreifenden Zusammenarbeit.</p>
	<p>Mittels eines dreijährigen Fortschrittsberichts aus dem bundesweit einheitlichen Flächenmonitoring sollen Trends erkannt und gegebenenfalls Handlungen abgeleitet werden</p>	<p>Dieser Punkt ist zu begrüßen, stammt aber 1:1 aus der Bodenstrategie und wird von der ÖROK bereits umgesetzt. Handlungen sollten jedenfalls und nicht nur "gegebenenfalls" abgeleitet werden.</p>
Aktionsplan	<p>Um eine nachhaltige Reduktion sicherstellen zu können, müssen vier Schwerpunkte verfolgt werden: Schutz von Frei- und Grünland, Unterbindung der Zersiedlung, effiziente Innenentwicklung inkl. Entsiegelungsmaßnahmen sowie Intensivierung der Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit.</p>	<p>Diese Schwerpunkte sind bereits in den Entwürfen der Bodenstrategie genannt und sind grundsätzlich sinnvoll. Entscheidend ist aber, dass sie tatsächlich in die Arbeit der neuen Bundesregierung einfließen und zu Ergebnissen führen - wie das gelingen soll, bleibt vorerst offen.</p>
	<p>Im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz soll eine Evaluierung und Umsetzung eines Aktionsplans in Bezug auf die vier Schwerpunkte durchgeführt werden.</p>	<p>Hier braucht es eine rasche Konkretisierung und Klärung, was dieser Aktionsplan sein soll, denn auch dieser Punkt stammt bereits aus der Bodenstrategie.</p>



Thema & Ziele	Regierungsprogramm 2025 - 2029	WWF-Bewertung
Flächensparen im Steuersystem	Widmungsgewinne aus Widmungen sollen noch im Jahr 2025 im Rahmen der Immo-ESt steuerlich effektiver erfasst werden (Widmungsabgabe); Die Regelung gilt für alle juristischen und natürlichen Personen und somit für natürliche Personen, Unternehmen sowie Vereine und Körperschaften öffentlichen Rechts sowie Gebietskörperschaften	Das Instrument der Widmungsabgabe hat das Potenzial, einen Anreiz zur Bestandsnutzung zu bilden und die Umwidmungen in Bauland einzuschränken. Sinnvoll wäre eine Zweckwidmung der Einnahmen für Bodenschutz-Maßnahmen wie Entschädigungen für Rückwidmungen, Entsiegelungen oder die Erstellung von flächensparenden Raumordnungsprogrammen.
Weiterentwicklung Finanzausgleich	Prozessplan: Aufgabenreform und Weiterentwicklung des österreichischen Finanzausgleichs (2025-2027) [...] Prüfung und Festlegung von Maßnahmen zur Reduktion des Bodenverbrauchs	Positiv - hier liegt großes Potenzial, um für Gemeinden und Länder Anreize zum Flächensparen zu schaffen. Notwendig ist eine rasche Ausarbeitung und Konkretisierung von Maßnahmen.
Förderungen und Subventionen	Schrittweise Ökologisierung klimaschädlicher Subventionen . Diese wird sozial ausgewogen, standortgerecht und inflationsdämpfend gestaltet.	Der Abbau kontraproduktiver Förderungen ist essentiell für das Erreichen der Klimaziele und kann darüber hinaus dämpfend für die Zersiedelung wirken. Bisher fehlen klare Ziele, das Finanzministerium sollte daher noch 2025 einen konkreten Abbau- und Reformplan vorlegen.
	Ökologisierung der Förderungen: Die Bundesregierung strebt eine Ökologisierung der direkten Förderungen im nationalstaatlichen Kompetenzbereich an. Eine Reform dieser Subventionen setzt einen Schritt in Richtung Kostentransparenz und unterstützt damit sowohl die klimapolitischen Ziele als auch eine effizientere Mittelverwendung.	Grundsätzlich richtig, aber noch sehr vage. Damit die Umsetzung zu den Umweltzielen beiträgt, braucht es einen klaren Willen zum umfassenden Klima- und Naturschutz anstelle eines Vorwandes für etwaige Kürzungen.
Straßenbau	Zur Ankurbelung der heimischen Wirtschaft sowie zur dringend notwendigen Entlastung der Bevölkerung von Durchzugsverkehr und dessen negativen Begleiterscheinungen sollen Autobahnen und Schnellstraßen (im Bundesstraßengesetz angeführt), die bereits über eine Genehmigung verfügen, (z.B. S1 Spange) schnellstmöglich realisiert werden und anhängige Verfahren und Planungen zügig weitergeführt werden.	Der Bau neuer, hochrangiger Straßen widerspricht sämtlichen Klima- und Bodenschutz-Zielen. Ziele wie Verkehrsentslastung oder Ankurbelung der Wirtschaft können mit anderen Maßnahmen meist effektiver und kostengünstiger erreicht werden. Insgesamt ist dieser Punkt somit ein klarer Rückschritt und würde die Erreichung des oben genannten 2,5-Hektar-Zieles deutlich erschweren.



Wir wollen die weltweite Naturzerstörung stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben.

together possible.

wwf.at

Umweltverband WWF Österreich (WORLD WIDE FUND FOR NATURE)
 Ottakringer Straße 114-116, 1160 Wien
 ZVR-Zahl: 751753867
 Spendenkonto: AT26 2011 1291 1268 3901
wwf@wwf.at | www.wwf.at

Thema & Ziele	Regierungsprogramm 2025 - 2029	WWF-Bewertung
Straßenbau	<p>Für das weitere aktuelle ASFINAG-Bauprogramm wird eine begleitende Prüfung hinsichtlich der Effektivität durchgeführt, ohne dadurch Verzögerungen bei den Verfahren und den Projektrealisierungen zu verursachen, mit dem Ziel bei positiver Prüfung die Fertigstellung/Realisierung zu verfolgen.</p>	<p>Eine Prüfung, die Verfahren und Projektrealisierungen nicht in die Quere kommen darf, wäre ein Widerspruch in sich. Angesichts der sich zuspitzenden Klima- und Biodiversitätskrise ist das ASFINAG-Bauprogramm grundsätzlich zu hinterfragen und muss diese Prüfung ergebnisoffen und unter Einbeziehung unabhängiger Fachleute erfolgen.</p>
	<p>Zur Verbesserung der Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs sind erforderliche Sicherheitsausbauten, wirtschaftlich zweckmäßige Anschlussstellen und bedarfsgerechte Fahrspurerweiterungen im höherrangigen Straßennetz im Sinne eines integrierten Mobilitätsansatzes umzusetzen.</p>	<p>Anstatt gemäß dem satirischen Motto "one more lane will fix it" Verkehrsprobleme durch Verbreiterungen von Autobahnen und Schnellstraßen beseitigen zu wollen, braucht es Lösungen, die im Einklang mit Klima- und Umweltzielen stehen.</p>
Eindämmen von Leerstand	<p>Die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) prüft Modelle von Leerstands- und Verfügbarkeitsdatenbanken (auch Brachflächen im Sinne des Flächenmonitorings) und deren Wirksamkeit bzw. Umsetzbarkeit. Insbesondere zur Etablierung von Strategien zur Mobilisierung von Flächen sowie Wohn- und Gewerbeimmobilien.</p>	<p>Bei der Nutzung von Brachflächen gibt es schon Projekte von Umweltbundesamt ("Brachflächendialog") und ÖROK. Es ist positiv, wenn diese weitergeführt und ausgebaut werden.</p>
	<p>Um Leerstand in Ortskernen zu vermeiden und das baukulturelle Erbe zu erhalten, wird die Nutzung und Revitalisierung historischer Gebäude erleichtert und die Bürokratie abgebaut.</p>	<p>Das wäre positiv, um die Nutzung des Bestandes zu erleichtern und somit zu vermeiden, dass weiter auf der "grünen Wiese" gebaut wird.</p>
Sanierung des Bestandes	<p>Prüfung einer Sanierungsoffensive für mehr qualitativ hochwertigen Wohnraum: Sowohl steuerlich als auch rechtlich werden Maßnahmen geprüft, die eine Sanierung und Attraktivierung von Bestandsgebäuden bzw. Bestandswohnungen zum Ziel haben.</p>	<p>Eine Sanierungsoffensive wäre wichtig und überfällig. Sie sollte daher rasch umgesetzt und nicht nur geprüft werden. Wichtig wäre ein konkretes Ziel für die Anhebung der Sanierungsrate.</p>



Thema & Ziele	Regierungsprogramm 2025 - 2029	WWF-Bewertung
Bodenschutz für bundeseigene Unternehmen	Vorrang von Flächenrecycling vor Neuwidmung und Vorrang von Sanierung vor Neuerrichtung.	Es ist positiv, wenn die öffentliche Hand hier eine Vorbildrolle einnimmt. Dafür braucht es aber klare Regeln, nicht nur schöne Worte.
Bauwirtschaft	Die Bundesregierung bekennt sich zur Stärkung der Baukonjunktur (Neubau und Sanierung)	Ergänzend zur öffentlichen Hand bräuchte es hier eine eindeutige Priorisierung von Sanierung und Bestandsnutzung gegenüber dem Neubau. Letzterer sollte nur noch unter Berücksichtigung strikter ökologischer und raumplanerischer Kriterien gefördert werden.
	Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderung und damit gesicherte und dauerhafte Wohnbaufinanzierung.	Eine Zweckwidmung sollte mit einer Ökologisierung verbunden werden. Mit Förderkriterien wie zum Beispiel einem Fokus auf kompakte Bauweisen, Innenentwicklung und der Verfügbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel.
Verfahrensbeschleunigung	Vereinfachung und Beschleunigung von Bauverfahren : Die Länder werden ersucht, Genehmigungspflichten zu durchleuchten, um die Vereinfachung und Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren zu ermöglichen – z.B. durch einen Ausbau der Anzeigepflichten	Hier besteht die Gefahr, dass ökologische Kriterien untergraben werden und der Bodenschutz nur nachrangig behandelt wird.
Renaturierung und Entsiegelung	Schaffung eines attraktiven Rahmens für die CO₂-Speicherung durch die Renaturierung von Mooren bzw. Feuchtgebieten, den Ausbau von Grünstreifen, Naturraumschutz sowie eine Begrünungsoffensive des öffentlichen Raums.	Es ist positiv zu bewerten, wenn die Chancen der Renaturierung auch für die CO ₂ -Speicherung und die Anpassung an die Klimakrise genutzt werden. Hier braucht es groß angelegte, konkrete Programme mit einer ausreichenden Finanzierung.
	Die Bundesregierung bekennt sich zum Hitzeschutz als Klimaanpassung und forciert die Begrünung von Ballungszentren.	Wichtige Maßnahmen, aber die rechtliche Umsetzung, Finanzierung und genaue Verwirklichung bleiben vorerst völlig offen.



Wir wollen die weltweite Naturzerstörung stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben.

together possible.

wwf.at

Umweltverband WWF Österreich (WORLD WIDE FUND FOR NATURE)
 Ottakringer Straße 114-116, 1160 Wien
 ZVR-Zahl: 751753867
 Spendenkonto: AT26 2011 1291 1268 3901
wwf@wwf.at | www.wwf.at

Thema & Ziele	Regierungsprogramm 2025 - 2029	WWF-Bewertung
Natürliche Schutzmaßnahmen	<i>Beim Hochwasserschutz soll nach dem Grundsatz „Natur, wo möglich und Dämme wo notwendig“ vorgegangen werden.</i>	Es ist positiv zu bewerten, dass der ökologische Hochwasserschutz, wie auch schon von vergangenen Regierungen angekündigt, ausgebaut werden soll. Es fehlt hier aber zum Beispiel die explizite Nennung der Rolle von intakten Wäldern und Feuchtgebieten.
	<i>Die Bereitstellung von Flächen für den Schutz vor Naturgefahren (z.B. Hochwasserschutzmaßnahmen) soll durch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen erleichtert werden.</i>	Mit dem Gewässerentwicklungs- und Risikomanagementkonzept wurden in der Vergangenheit bereits Planungsinstrumente geschaffen. Nun müssen Flusskorridore rasch verpflichtend ausgewiesen werden. Auch Gefahren in alpinen Räumen sind verstärkt zu berücksichtigen. Diese Räume brauchen strengen Schutz vor weiterer Verbauung - insbesondere durch die Raumplanung.
Schutzgebiete	<i>Die Bundesregierung unterstützt die Bundesländer bei einer Ausweitung der Naturschutz- und Nationalparks.</i>	Ein positives Bekenntnis, das die Politik aber umfangreicher angehen sollte: Neben der Ausweitung hochwertiger Schutzgebiete wie Nationalparks müssen auch bestehende Schutzgebiete qualitativ verbessert werden.

3. Fazit und Forderungen

Das Regierungsprogramm enthält in Sachen Bodenschutz einige richtige Absichtserklärungen, bleibt aber häufig sehr vage. Die Umsetzung und Wirksamkeit hängt daher stark von der Priorität und Umsetzung der zuständigen Ressorts sowie der letztlich entscheidenden drei Regierungsspitzen ab. Zudem ist es kritisch zu bewerten, dass mehrere der im Programm angekündigten Maßnahmen die Bodenschutz-Ziele de facto konterkarieren.

Angesichts der sich zuspitzenden Klima- und Biodiversitätskrise sind wirksame Bodenschutz-Maßnahmen ein Gebot der Stunde. Speziell die dramatischen Hitzewellen und extremen Hochwasserereignisse der vergangenen Jahre haben gezeigt, wie dringlich ein grundlegendes Umdenken ist. Die Bundesregierung sollte die angekündigten Maßnahmen daher rasch konkretisieren und wirksam umsetzen. Insbesondere sollte die Politik das schon seit knapp 23 Jahren bestehende 2,5-Hektar-Ziel endlich als Obergrenze verbindlich verankern und mit Leben erfüllen. Dafür braucht es eine enge Zusammenarbeit des Bundes mit Ländern und Gemeinden sowie mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft - inklusive einer gestärkten Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) als Drehscheibe. Genauso dringend sind Reformen im Steuersystem, der Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie eine generelle Naturschutz-Offensive.



Wir wollen die weltweite Naturzerstörung stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben.

together possible.

wwf.at

Umweltverband WWF Österreich (WORLD WIDE FUND FOR NATURE)
 Ottakringer Straße 114-116, 1160 Wien
 ZVR-Zahl: 751753867
 Spendenkonto: AT26 2011 1291 1268 3901
wwf@wwf.at | www.wwf.at

Ein schärferes Vorgehen gegen den Flächenfraß entspricht auch den Wünschen vieler Menschen in Österreich. Laut einer repräsentativen [Umfrage des market-Instituts](#) für den WWF vom Juli 2024 gibt es für Bodenschutz-Maßnahmen in der Bevölkerung über Parteigrenzen hinweg große Zustimmung: Insgesamt 72 Prozent der Befragten sind für eine verbindliche Obergrenze für den Bodenverbrauch. 73 Prozent fordern "ein wirksames Maßnahmenpaket gegen den Verbrauch und die Versiegelung von Böden" von der Bundesregierung.

Wien, im März 2025.

ANHANG

Methodik der Zahlen zum Bodenverbrauch

Die WWF-Analyse erfolgte anhand der gängigen Berechnungsmethode des Umweltbundesamtes. Diese verwendet die Daten der Digitalen Katastralmappe des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen (BEV). Das Umweltbundesamt definiert Bodenverbrauch als den Verlust biologisch produktiver Böden durch Verbauung für Siedlungs- und Verkehrszwecke, aber auch für intensive Erholungsnutzungen, Deponien, Abbauflächen, Betriebsanlagen und ähnliche Intensivnutzungen. Rund die Hälfte des verbrauchten Bodens ist auch versiegelt, also mit einer wasser- und luftundurchlässigen Schicht überzogen.

Die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) verwendet seit dem Vorjahr eine neue Berechnungsmethode mit präziseren Daten, womit aber noch keine Veränderungen erfasst werden können, da bisher nur Zahlen zum Status Quo vorliegen. Vergleicht man die beiden Methoden, zeigen sich beim gesamten Bodenverbrauch bisher nur geringe Abweichungen.

Rückfragen

Valentin Ladstätter

Pressesprecher

valentin.ladstaetter@wwf.at

Simon Pories

Bodenschutzsprecher

simon.pories@wwf.at



Wir wollen die weltweite Naturzerstörung stoppen und eine Zukunft gestalten, in der Mensch und Natur in Einklang miteinander leben.

together possible™

wwf.at

Umweltverband WWF Österreich (WORLD WIDE FUND FOR NATURE)
Ottakringer Straße 114-116, 1160 Wien
ZVR-Zahl: 751753867
Spendenkonto: AT26 2011 1291 1268 3901
wwf@wwf.at | www.wwf.at